

Oscar W. Gabriel

Der demokratische Verfassungsstaat im Parteienkonflikt

Ergebnisse einer vergleichenden Untersuchung vier
westeuropäischer Demokratien

1. Das Untersuchungsproblem

Zu den für den Bestand und die Funktionsfähigkeit eines demokratischen Verfassungsstaates wichtigsten Voraussetzungen gehört die Anerkennung der Grundprinzipien des politischen Zusammenlebens durch alle gesellschaftlich-politischen Gruppen. Ein dauerhafter Dissens in diesen Fragen gefährdet den Zusammenhalt der politischen Gemeinschaft und den Bestand der staatlichen Ordnung. Wie Hans Buchheim in seiner Untersuchung über den demokratischen Verfassungsstaat ausführt, müssen in der Demokratie "die einzelnen Bestimmungen der Ordnung vom Konsens der Gesamtheit getragen sein; das heißt nicht, daß jeder einzelne mit jeder einzelnen Regelung einverstanden sein muß, wohl aber, daß die Regelungen insgesamt allgemein akzeptabel sind".¹

Eine Schlüsselfunktion bei der politischen Konsensbildung kommt den Parteien zu. Nach Sigmund Neumann erfüllen sie unter anderem die Aufgabe, Konflikte zu artikulieren und zu kanalisieren, gleichzeitig aber zu verhindern, daß dieser Vorgang die Integration des Gesamtsystems gefährdet: "Nur dort, wo die Partikularinteressen der Parteien in ein gemeinsames Ganzes eingebettet sind, führt der politische Kampf nicht zur Desintegration."² Die Stabilität einer Demokratie hängt also nicht zuletzt davon ab, ob es den politischen Parteien gelingt, eine Balance von Konsens und Dissens, Konflikt und Integration herzustellen.

Der folgende Beitrag untersucht die Bedeutung des Parteienwettbewerbs als stabilisierenden Faktor in einer freiheitlichen Demokratie. Zunächst werden die theoretischen Annahmen über die Bestimmungsfaktoren demokratischer Stabilität, ins-

¹ H. Buchheim, *Der demokratische Verfassungsstaat und das Problem der Demokratisierung der Gesellschaft*, Hannover 1973, S.4.

² Vgl. S. Neumann, *Zum vergleichenden Studium politischer Parteien*, in: G. Zieburg (Hg.), *Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien*, Darmstadt 1969, S.215-264, S.217; vgl. auch: G. Lehmann, *Strukturen ideologischer Konflikte bei Parteienwettbewerb*, in: T. Stammen (Hg.), *Vergleichende Regierungslehre. Beiträge zur theoretischen Grundlegung und exemplarische Einzelstudien*, Darmstadt 1976, S.288-333.

besondere über die Rolle des Parteienwettbewerbs in diesem Kontext, präsentiert. Der zweite Abschnitt skizziert die für die Analyse unseres Problems maßgeblichen politischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden. Daran schließen sich die Umsetzung der theoretischen Annahmen in ein empirisches Forschungsdesign, die Darstellung der empirischen Befunde über den Zusammenhang zwischen Parteienwettbewerb und Systemakzeptanz und die Interpretation der Ergebnisse im Bezugsrahmen der empirischen Demokratietheorie an.

2. Die theoretischen Grundlagen der Untersuchung: Die Struktur des Parteienwettbewerbs und das Problem politischer Unterstützung

Die für die empirische Demokratieforschung wichtigsten Annahmen über die Bedingungen demokratischer Stabilität finden wir bereits in einem 1956 von Almond publizierten Aufsatz, in dem er zwischen vier Typen politischer Systeme und diesen jeweils entsprechenden Typen politischer Kultur unterschied. Da sich der folgende Beitrag ausschließlich mit der Unterstützung liberaldemokratischer Regime durch die Bevölkerung beschäftigt, gilt sein Interesse der Beziehung zwischen politischer Kultur und politischer Struktur in den beiden Typen demokratischer Verfassungsstaaten, die Almond als stabile anglo-amerikanische und labile kontinentaleuropäischen Demokratien bezeichnete.³ Wie schon aus diesen Bezeichnungen hervorgeht, betrachtete Almond die Stabilität der demokratischen Strukturen als das wichtigste Unterscheidungskriterium zwischen diesen Systemtypen. Wenige Jahre später führte Lipset diese Überlegungen weiter. Auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der in der Zwischenkriegszeit gemachten Erfahrungen führte er die unterschiedliche Fähigkeit der westlichen Verfassungsstaaten, die Herausforderung der Weltwirtschaftskrise ohne eine grundlegende Transformation der politischen Strukturen zu bewältigen, vornehmlich auf deren politisch-kulturelle Traditionen zurück.⁴

Eine der entscheidenden Ursachen für die Krisenanfälligkeit der kontinentaleuropäischen Demokratien sah Almond in der kulturellen Fragmentierung dieser Gesellschaften. Statt eine integrationsfähige politische Gemeinschaft auszubilden, seien sie in antagonistische Subkulturen mit jeweils eigenen Symbolen und Institutionen gespalten. Jede Subkultur wirke als zentrifugale Kraft, die die bedingungs-

³ Vgl. *G.A. Almond*, *Comparative Political Systems*, in: *Journal of Politics*, 18 (1956), S.391-409; wesentlich differenzierter in der Argumentation: *A.Lijphart*, *Democracy in Plural Societies*, New Haven/London 1977, S.104ff.

⁴ Vgl. *S.M. Lipset*, *Political Man. The Social Bases of Politics*, Expanded Edition, (Erstveröffentlichung: 1959), Baltimore 1981, S.27ff.

lose Identifikation ihrer Mitglieder einfordere, deren Integration in eine nationale Gemeinschaft erschwere und damit zugleich das Funktionieren eines demokratischen Systems auf der Grundlage der Prinzipien der Freiheit, Toleranz und Gleichberechtigung aller Bürger verhindere. In den kulturell gespaltenen Gesellschaften verliefen die politischen Auseinandersetzungen nicht rational, experimentell und verhandlungsorientiert, sondern sie zeichneten sich durch eine starke Ideologisierung und Polarisierung aus: "The organized political manifestation of this fragmented political culture takes the form of 'movements' or sects rather than of political parties. This means that political affiliation is more an act of faith than of agency."⁵

Den fragmentierten politischen Kulturen der labilen kontinentaleuropäischen Demokratien stellte Almond die homogen-säkulare Kultur der stabilen anglo-amerikanischen Demokratien gegenüber. Diesen Typus beschrieb er folgendermaßen: "By secular political culture I mean a multivalued political culture, a rational, bargaining, and experimental political culture. It is a homogeneous culture in that sense that there is a sharing of political means and ends."⁶ Gerade an diesem Grundkonsens fehle es in fragmentierten politischen Kulturen.

Die folgenden Merkmale trennen somit die homogen-säkulare von der fragmentierten politischen Kultur:

(1) In der homogen-säkularen politischen Kultur weisen die politischen Führungsgruppen und die meisten Bürgerinnen und Bürger pragmatische, auf Toleranz, Verhandlung und Kompromiß ausgerichtete politische Orientierungen auf, in der fragmentierten politischen Kultur bestimmen ideologische Gegensätze und ein Freund-Feind-Denken die Beziehung der politischen Akteure zu ihrer Umwelt.

(2) In der homogen-säkularen politischen Kultur findet das politische Regime in allen gesellschaftlichen Gruppen Anerkennung, in der fragmentierten politischen Kultur gilt die Loyalität vornehmlich den Werten und Institutionen der eigenen Subkultur, nicht dem nationalen politischen Regime und der politischen Gemeinschaft.

(3) In homogenen politischen Kulturen ist das Prinzip der gewaltfreien Austragung politischer Konflikte allgemein anerkannt, in fragmentierten nicht.⁷

Eine überragende Bedeutung für die Unterscheidung zwischen fragmentierten und homogenen politischen Kulturen kommt dem Zusammenspiel von Konsens und Dissens zu. Den bislang wichtigsten Beitrag zur Analyse dieses Problems prä-

⁵ G.A.Almond, (Anm.3), S.407.; vgl. auch ausführlich: A.Lijphart, (Anm.3), S.14ff.,104ff.

⁶ Vgl. ebda., S.398.

⁷ Vgl. ebda. passim; ausführlicher: W.A.Rosenbaum, Political Culture, New York 1975, S.37ff.; S.C.Flanagan, The Genesis of Variant Political Cultures: Contemporary Citizen Orientations in Japan, America, Britain, and Italy, in: L.W.Pye (Hg.), The Citizen and Politics, Stamford 1978, S.137ff.; R.A.Dahl, Polyarchy. Participation and Opposition, New Haven/London 1971, S.32ff.

sentierte David Easton.⁸ Seiner Konzeption zufolge hängt der Bestand einer Demokratie langfristig von einer möglichst breiten und stabilen Unterstützung des politischen *Regimes* und der politischen *Gemeinschaft* durch die Mitglieder des betreffenden Kollektivs ab. Als nicht bestandskritisch wertet er demgegenüber einen Dissens über die Politik der jeweils *amtierenden Regierung* und Schwankungen in den Einstellungen zu ihr. Zudem ist eine *diffuse*, leistungsunabhängige Unterstützung langfristig für den Systemerhalt bedeutsamer als eine lediglich auf den konkreten Systemleistungen beruhende Zustimmung.

Diese Differenzierung entspricht der Funktionslogik einer pluralistischen, durch freien politischen Wettbewerb charakterisierten Parteiendemokratie. In ihr muß zwar ein breiter Konsens über die für das politische Zusammenleben grundlegenden Werte, Normen und Verfahrensregeln bestehen, zugleich ist aber eine freie und offene Auseinandersetzung über die Politik der amtierenden Regierung möglich und erforderlich. Die für unsere empirische Analyse wichtigste Annahme ergibt sich aus einer Verknüpfung der Überlegungen Eastons mit denen Almonds. Demnach entscheidet nicht allein das *Niveau* der Systemunterstützung über die Stabilität eines Regimes. Eine mindestens ebenso große Bedeutung für den Systembestand kommt der *Verteilung* der Systemunterstützung in den einzelnen gesellschaftlich-politischen Gruppen/Subkulturen zu. In einer homogenen politischen Kultur fungieren das nationale politische Regime und die nationale politische Gemeinschaft als Loyalitätsträger, in fragmentierten politischen Kulturen dagegen richtet sich die Loyalität der Bevölkerung auf die Institutionen und Werte der eigenen Subkultur. Ob eine Bindung an die nationalen Institutionen und Symbole zustandekommt, hängt nicht zuletzt von der Position der betreffenden Subkultur im gesamtstaatlichen Machtgefüge ab. Aus diesem Grunde entwickelte sich in einigen kulturell heterogenen Gesellschaften die Praxis, alle politischen Lager in die Regierungsverantwortung einzubinden, um dadurch die zentrifugalen Tendenzen einzudämmen und das demokratische Regime durch konsensdemokratische Arrangements zu stabilisieren.⁹

Bei der Mobilisierung politischer Unterstützung spielen die politischen Parteien eine Schlüsselrolle. Ihre Stellung reflektiert die für pluralistische Demokratien typische Spannung zwischen Konsens und Konflikt. Die Artikulationsfunktion der Parteien verkörpert das konfliktäre Element der Politik; denn es gehört zu ihren Aufgaben, die in den Interessen- und Wertedivergenzen begründeten sozialen Konflikte zu politisieren und sie auf diese Weise politisch bearbeitbar zu machen. Zugleich erfüllen sie jedoch integrative Funktionen, indem sie ihre Anhänger in

⁸ Vgl. D. Easton, *A System's Analysis of Political Life*, Chicago/London 1979.

⁹ Vgl. A. Lijphart, *Democracies, Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty One Countries*, New Haven/London 1984, S.134ff.; vgl. auch: E. Nordlinger, *Conflict Regulation in Divided Societies*, New Haven 1972, S.21ff.

die politische Gemeinschaft einbinden und verhindern, daß die Auseinandersetzung über konkrete tagespolitische Forderungen in einen Streit über die Grundprinzipien des politischen Zusammenlebens umschlägt. Sobald die Unterstützung der politischen Ordnung oder der politischen Gemeinschaft nämlich zum Gegenstand des Parteienkonflikts wird, ist der Bestand der Demokratie gefährdet.¹⁰

In jeder pluralistischen, auf politischem Wettbewerb basierenden Demokratie gibt es einen Testfall für die Integrationskapazität der politischen Parteien: die Bewältigung eines Regierungswechsels. Es ist zu vermuten, daß sich homogene und fragmentierte politische Kulturen in der Art und Weise, in der die Parteien und ihre Anhänger auf einen Machtverlust reagieren, deutlich voneinander unterscheiden. In homogenen politischen Kulturen akzeptieren die Parteianhänger den Machtwechsel als einen normalen demokratischen Vorgang. Ein Wechsel der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung bleibt ohne Folgen für die Systemakzeptanz der Anhänger der davon betroffenen Parteien: "Political deference towards the government whatever its social and partisan composition ... it is most often connected with civility and the stability of the system."¹¹

In fragmentierten politischen Kulturen sehen die Parteigänger bei einem Ausscheiden der präferierten Partei aus der Regierung ihre essentiellen politischen Interessen und Werte bedroht. Ein Regierungswechsel löst deshalb nicht nur einen Vertrauensverlust der amtierenden Regierung aus, sondern auch einen Rückgang der Unterstützung des politischen Systems. Der Position der präferierten Partei in der Rollenstruktur des politischen Systems kommt ein erheblicher Einfluß auf die Systemloyalität der Parteianhänger zu. Wie bereits Dahl aufzeigte, kann ein Regierungswechsel in polarisierten politischen Systemen destabilisierend wirken.¹²

¹⁰ Vgl. *S. Neumann*, (Anm.2), S.217ff.; vgl. auch *G. Lehbruch*, (Anm.2), S.298ff.

¹¹ Vgl. *R.D. Jessop*, *Civility and Traditionalism in English Political Culture*, in: *British Journal of Political Science*, 5 (1975), S.1-24, S.1.

¹² Vgl. *R.A. Dahl*, (Anm.7), S.105ff; ausführlich beschreibt diese Konstellation am Beispiel Italiens in den fünfziger Jahren: *J. La Palombara*, *Italy: Fragmentation, Isolation, and Alienation*, in: *L.W. Pye/S. Verba* (Hg.), *Political Culture and Political Development*, Princeton 1965, S.282-329, bes. S.282ff.

3. Die Voraussetzungen für das Entstehen und den Fortbestand einer homogenen politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden

Zu den wichtigsten Eigenschaften der diffusen Systemunterstützung gehört ihre Unabhängigkeit von den jeweils bestehenden politischen Rahmenbedingungen,¹³ und damit eben auch von der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung. Ob diese Einstellungen zustandekommen, hängt von zahlreichen Faktoren ab, über deren Relevanz sich die folgenden Hypothesen formulieren lassen:

(1) Mit zunehmender *Bestandsdauer eines demokratischen Regimes* steigt die Chance für die Unabhängigkeit der Regimeunterstützung von den parteipolitischen Loyalitäten.

(2) Mit der *Heterogenität der Gesellschaft* wächst die *Fragmentierung und Polarisierung des Parteiensystems*, und damit sinkt die Chance für eine von der Parteiloyalität unabhängige Systemunterstützung.

(3) Eine *regelmäßige Regierungsbeteiligung* einer politischen Partei fördert die diffuse Systemunterstützung durch ihre Anhänger.

Wie nachfolgend gezeigt wird, eignen sich die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die Niederlande als Vergleichsfälle für einen Test dieser Hypothesen, da die theoretisch bedeutsamen politischen Bedingungen in diesen vier Ländern beträchtlich variieren.

3.1. Die Tradition demokratischer Politik als Bestimmungsfaktor kultureller Homogenität

Im Unterschied zu den meisten Untersuchungen des Zusammenhangs zwischen demokratischer Stabilität und politischer Kultur behandelt die erste Hypothese die Bestanddauer einer Demokratie nicht als *Ergebnis*, sondern als eine von mehreren *Determinanten* diffuser Systemunterstützung. Diese Betrachtungsperspektive, die durch die Einführung der Zeitdimension in die Beziehung zwischen politischer Kultur und politischer Struktur möglich wird,¹⁴ stützt sich auf zwei Argumente:

(1) Der Institutionalisierung eines demokratischen Regimes folgt nicht automatisch die Unterstützung demokratischer Prinzipien durch die Mitglieder der betreffenden Gesellschaft. Vielmehr wächst die Chance für die Diffusion einer demokratischen politischen Kultur -und damit auch für das Akzeptieren eines demokratisch legitimierten Regierungswechsels- mit der Bestanddauer der Demokratie.

¹³ Vgl. D. Easton, A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science 5 (1975), S.435-457, bes. S.436ff.; Ders., Analysis, (Anm.10), S.230ff.

¹⁴ Vgl. hierzu ausführlich A. Lijphart, The Structure of Inference, in: G.A. Almond/S. Verba, The Civic Culture Revisited. An Analytic Study, Boston 1980, S.37-56, bes. 38ff., 47ff.

(2) Ein positiver Einfluß des Alters der Demokratie auf die diffuse Systemunterstützung ist aus einem weiteren Grunde zu erwarten. In einer Demokratie kommt jeder Partei, die über eine hinreichende Unterstützung in der Wählerschaft verfügt, der Status einer potentiellen Regierungspartei zu. Da die Wahrscheinlichkeit der Regierungsbeteiligung jeder größeren politischen Partei mit der Bestandsdauer einer Demokratie steigt, dürften damit auch die psychologischen Kosten eines Machtverlustes abnehmen. Ein Ausscheiden der präferierten Partei aus der Regierung ist für deren Anhänger vor allem dann tolerierbar, wenn sie von der zeitlichen Begrenztheit und Umkehrbarkeit dieses Zustandes überzeugt sind.

In der Diskussion über die Eigenschaften demokratischer Regime besteht in zwei Punkten eine breite Übereinstimmung. Der erste betrifft die Mindestanforderungen, die gegeben sein müssen, damit ein politisches Regime als demokratisch klassifiziert werden kann. In Anknüpfung an Lipset¹⁵ bezeichneten Dahl und viele andere die Institutionalisierung der Merkmale "Partizipation" und "Wettbewerb" als die wichtigsten Eigenschaften eines demokratischen Regimes.¹⁶ Zugleich besteht Konsens darüber, daß diese demokratischen Errungenschaften in Großbritannien am längsten bestehen, gefolgt von den Niederlanden, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland.¹⁷ Nach unserer ersten Hypothese bestehen somit in Großbritannien die besten Chancen für das Auftreten diffuser Systemunterstützung, in der Bundesrepublik die schlechtesten.

3.2. Gesellschaftliche Heterogenität, Fraktionalisierung und ideologische Polarisierung als Determinanten der diffusen Systemunterstützung

Wesentlich komplizierter stellt sich die Beziehung zwischen der Systemunterstützung, den politischen Konfliktstrukturen einer Gesellschaft, der Fraktionalisierung und der ideologischen Polarisierung des Parteiensystems dar. Die empirische Forschung über diese Zusammenhänge basiert vornehmlich auf der Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan. Demnach bestimmt die Ausdifferenzierung und Abfolge sozio-ökonomischer und sozio-kultureller Gegensätze die Struktur eines Parteiensystems.¹⁸ Die Zahl politischer Konflikte ist in unserem Zusammenhang allerdings nur von Interesse, wenn sie die Homogenität der politischen Kultur beein-

¹⁵ S.M.Lipset, (Anm.4), S.27.

¹⁶ Vgl. R.A.Dahl, (Anm.7), S.1ff.; vgl. auch A.Lijphart, *Democracies*, (Anm.12); G.B.Powell, *Contemporary Democracies. Participation, Stability and Violence*, Cambridge/Mass./London 1982, S.2ff.

¹⁷ S.M.Lipset, (Anm.4), S.31ff.

¹⁸ S.M.Lipset/S.Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments*, in: Ders. (Hg.), *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*, New York/London 1967, S.1-64.

flußt. Lijphart stellt diese Verbindung über die Fragmentierung und die ideologische Polarisierung des Parteiensystems her.¹⁹

Obgleich die Parteiensoziologie den Zusammenhang zwischen der Fraktionalisierung und der Polarisierung des Parteiensystems theoretisch plausibel begründet, ist in den westeuropäischen Demokratien kein systematischer Zusammenhang zwischen diesen Größen nachweisbar.²⁰ Unter dem Gesichtspunkt der negativen Auswirkung der ideologischen Polarisierung auf die Integration der Bevölkerung in die nationale politische Gemeinschaft,²¹ bleibt diese Größe als Determinante diffuser Systemunterstützung gleichwohl bedeutsam. Nach den Angaben bei Lane/Ersson weist der Parteienwettbewerb in den Niederlanden die geringste, in Frankreich die stärkste Polarisierung auf. Die Bundesrepublik liegt an zweiter, Großbritannien an dritter Stelle.²² Dementsprechend variieren die Chancen für das Auftreten diffuser Systemunterstützung.

3.3. Die Form der Regierungsbildung und die Regierungsbeteiligung der politischen Parteien

Die dritte Hypothese bezog sich auf die Relevanz der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung für die Systemorientierungen. Wie Dahl beschreibt, fördert die Mitwirkung einer Partei an der Regierung die Systemintegration ihrer Anhänger, ihr dauerhafter Ausschluß von der Regierungsteilnahme wirkt desintegrierend.²³ Idealtypisch kann die Einbindung der politischen Parteien in die Regierungsverantwortung auf zwei Wegen erfolgen, die Lijphart als Mehrheits- bzw. Konsensmodell bezeichnet.²⁴ Im ersten Fall besetzt die parlamentarische Mehrheitspartei sämtliche Regierungsämter, die Minderheitspartei übt die Rolle der Opposition aus. Wenn beide Parteien über eine annähernd gleiche Unterstützung durch die Wählerschaft verfügen, alternieren sie periodisch in Wahrnehmung der Regierungs- und der Oppositionsrolle. Auf diese Weise wird

¹⁹ Vgl. Lijphart, (Anm.9), S.127ff.; Ders., (Anm.3), S.12ff; G.Lehmbruch, (Anm.2), S.292f.

²⁰ Diese Aussage stützt sich auf eine Analyse der von J.E.Lane/S.O.Ersson, *Politics and Society in Western Europe*, Beverly Hills/London/New Delhi 1987, S.93, 165 vorgelegten Daten. Für die Beziehung zwischen der gesellschaftlichen Heterogenität und der ideologischen Polarisierung ergab sich ein Determinationskoeffizient von .01, für die Beziehung zwischen der Fraktionalisierung und der Polarisierung des Parteiensystems betrug dieser Wert .02.

²¹ Vgl. die Hinweise in Anm.7.

²² Vgl. J.E.Lane/S.O.Ersson, (Anm.20), S.158, 164f.

²³ Vgl. R.A.Dahl, (Anm.7), S.29ff.

²⁴ Vgl. zum folgenden A.Lijphart, (Anm.9), S.10f., 23f., 46ff., 60ff. und die aktuelleren Daten bei F.Brettschneider/K.Ahlstich/B.Zügel, Dokumentation, in: O.W.Gabriel (Hg.), *Die EG- Staaten im Vergleich*, Opladen 1991 (i.E.).

ihre Teilhabe an der Regierung *sukzessive* sichergestellt. Als Kontrastmodell hierzu beschreibt Lijphart die Schweizerische Konsensdemokratie, in der seit 1959 die Regierungsgämter unabhängig vom Ergebnis der Parlamentswahlen nach der "magischen Formel" 2:2:2:1 auf die vier großen Parteien verteilt werden. Die Integration der politischen Lager erfolgt also nicht durch die alternierende und sukzessive Ausübung der Regierungsfunktion, sondern durch die *gemeinsame* Regierung aller relevanten politischen Kräfte.

Großbritannien gilt in der Literatur als Musterbeispiel mehrheitsdemokratischer Regierungsbildung. Eine dem schweizerischen Modell angenäherte Form der Regierungsbildung ist in keinem anderen westeuropäischen Land anzutreffen, doch wurden in den Niederlanden zwischen 1945 und 1980 zumeist übergroße Koalitionen gebildet, die mehr Partner einschließen als zur Regierungsmehrheit benötigt werden. Die Praxis der Regierungsbildung in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland läßt sich keinem der beiden Modelle eindeutig zuordnen, ähnelt aber eher dem mehrheits- als dem konsensdemokratischen Modell. Die in beiden Staaten typischen Koalitionsregierungen entsprachen überwiegend dem Minimum Winning-Prinzip, d.h. sie stützten sich auf die kleinstmögliche parlamentarische Basis. Ähnlich wie in Großbritannien ergibt sich dadurch der für das Wettbewerbsmodell charakteristische Dualismus von Regierung und Opposition.²⁵

Die Beteiligung an der Regierung darf allerdings nicht mit einer gleichen Regierungsdauer verwechselt werden. In jedem unterhalb der strikten Proporzregelung verbleibenden Modell wird die Dauer der Regierungsbeteiligung einer Partei mindestens durch vier Faktoren beeinflusst, nämlich durch ihren Stimmenanteil, durch ihre strategische Lage im politischen Raum, durch den Anteil der politisch mobilen Wechselwähler im Elektorat und durch das Ergebnis von Aushandlungsprozessen zwischen politischen Führungsgruppen. Infolge der unterschiedlichen Ausprägung dieser Variablen verteilt sich die Regierungszeit in unseren vier Ländern extrem ungleich auf die Parteien (vgl. Tabelle 1). Die stärkste Disproportionalität tritt in den Niederlanden auf, wo der CDA bzw. dessen Vorläuferpartei, die KVP in sämtlichen Nachkriegsregierungen vertreten war, die DS'70 dagegen lediglich vom Juni 1971 bis zum Mai 1973 mitregierte. Auch in Frankreich besteht ein starkes Ungleichgewicht zwischen der Regierungsdauer der Rechts- und der Linksparteien. Lediglich in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien ist die Verteilung der

²⁵ Die von Lijphart festgestellte Dominanz übergroßer Koalitionen in Frankreich ergibt sich vermutlich aus der getrennten Erfassung der heute in der UDF zusammengeschlossenen Zentrumsparteien, was der engen Zusammenarbeit dieser Parteien widerspricht. Zudem rekrutierten sich seit 1962 alle französischen Regierungen exklusiv aus dem rechten oder dem linken Lager. Dementsprechend beschreibt G. Grunberg, France, in: I. Crewe/D. Denver (Hg.), *Electoral Change in Western Democracies. Patterns and Sources of Electoral Volatility*, New York 1985, S.202-229 als "quadrille bipolaire". Berücksichtigt man diese Sachverhalte, dann gab es seit 1962 in Frankreich ausschließlich Minimum Winning-Koalitionen.

Regierungszeit auf die großen Parteien einigermaßen ausgewogen. Unter dem Gesichtspunkt der integrativen Effekte der Regierungsbeteiligung bestehen in der Bundesrepublik Deutschland die günstigsten Bedingungen für eine diffuse Systemunterstützung, gefolgt von Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden.

Tabelle 1: Dauer der Regierungsbeteiligung der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden (Angaben: Anteile an der gesamten Regierungsdauer)

	BRD	FRA	UK	NL
Konservative/CD ¹	62,2	75,8	63,0	100,0
Liberale ²	74,3	75,8	0,0	63,0
				11,4
Sozialdemokraten ³	37,6	34,3	37,0	46,2
		41,0		
Kommunisten ⁴		9,5		
Sonstige ⁵	28,9			10,0
	9,6			4,2
Monate, insges.	502	456	548	552

1) BRD: CDU/CSU; Frankreich: Gaullisten; UK: Konservative; NL: CDA und Vorläufer (KVP, CHU, ARP)

2) BRD: FDP; Frankreich: UDF; UK: Liberale, Sozialdemokraten; NL: 1. Zeile: VVD, 2. Zeile: D66

3) BRD: SPD; Frankreich: PS (1. Zeile ohne Periode der Cohabitation, 2. Zeile einschließlich Cohabitation); UK: Labour Party; NL: PvdA

4) Frankreich: PCF

5) BRD: 1. Zeile DP, 2. Zeile BHE; NL: 1. Zeile: PPR; 2. Zeile: DS'70.

3.4. Folgerungen für den Zusammenhang zwischen Parteienwettbewerb und Systemunterstützung

Die Ableitung genereller Schlußfolgerungen über die Chancen diffuser Systemunterstützung in der BRD, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden ist relativ schwierig: Großbritannien verfügt über die längste Tradition demokratischer Regierung, die Niederlande weisen die geringste ideologische Polarisierung auf, in der Bundesrepublik Deutschland ist die Diffusion der Regierungsver-

antwortung am breitesten. Aus dem Zusammenwirken dieser Rahmenbedingungen ergeben sich die besten Chancen für eine von den parteipolitischen Konstellationen unabhängige Systemunterstützung in England, die schlechtesten in Frankreich. Die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande liegen gleichrangig zwischen diesen beiden Extremen (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Determinanten der Systemunterstützung

	UK	NL	BRD	F
Demokratische Kontinuität	1	2	4	3
schwache ideologische Polarisierung	3	1	2	4
Breite Diffusion der Regierungsverantwortung	2	4	1	3
mittlerer Rangplatz	2,0	2,3	2,3	3,3

4. Daten, Untersuchungsstrategie und Ergebnisse

Die für einen empirischen Test der Annahmen über die Beziehung zwischen der Parteipräferenz und der Systemunterstützung verfügbaren Daten decken den Zeitraum 1976 bis 1990 ab, in welchem in jedem der vier Länder mindestens ein Regierungswechsel stattfand. Mangels eines besseren Indikators wird die Systemakzeptanz durch eine Frage nach der Demokratiezufriedenheit erfaßt, die Parteipräferenz über die Wahlabsichtsfrage.²⁶ Als Testverfahren bietet sich eine Mehrfach-Varianzanalyse an, in der der Demokratiezufriedenheit der Status einer abhängigen Variablen zukommt. Den theoretischen Annahmen zufolge läßt sich die Varianz der Demokratiezufriedenheit in drei Komponenten zerlegen:

(1) Parteeffekte: Sie erfassen die situationsunabhängige - und damit auch von der Zusammensetzung der Regierung unbeeinflusste - Systemakzeptanz in den par-

²⁶ Die Datenanalyse basiert auf den kumulierten Eurobarometern 6 bis 31. Die Frage zur Demokratiezufriedenheit lautete: "Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (der Bundesrepublik Deutschland) funktioniert, alles in allem gesehen sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder völlig unzufrieden?"; Die Parteipräferenz wurde über die folgende Frage erfaßt: "Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag (Bundestagswahl) wäre?"

teipolitischen Lagern. Aus diesen Effekten ergibt sich die Möglichkeit, zwischen systemtragenden und systemkritischen Parteien zu unterscheiden.

(2) Periodeneffekte: Sie messen den von der Parteipräferenz unabhängigen Einfluß des Erhebungszeitpunktes auf die Systemunterstützung und erlauben damit Rückschlüsse auf situative Determinanten der Systemloyalität.

(3) Die durch einen Interaktionsterm repräsentierte Wechselwirkung zwischen der Parteipräferenz und dem Erhebungszeitpunkt: Ein statistisch insignifikanter Interaktionsterm indiziert die Bereitschaft der Parteiliefer, das politische System unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung zu unterstützen. Ist diese Größe statistisch signifikant, dann hängt die Systemunterstützung vom Wechselspiel zwischen Parteipräferenz und Erhebungssituation und somit unter anderem von der jeweiligen parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung ab.

Das Ergebnis der Datenanalyse verdient unter zwei Gesichtspunkten Beachtung: Zunächst ist die Erklärungsleistung des Gesamtmodells für die vier Länder zu prüfen und sodann ist zu untersuchen, welchen Beitrag die drei Einzeleffekte zu diesem Ergebnis beisteuern.

4.1. Die Gesamtleistung des Modells

Im Hinblick auf die Gesamtleistung des Modells entspricht die Reihenfolge der vier Länder nur zum Teil unseren Erwartungen (vgl. Tabelle 2). Zwar binden die in ihm enthaltenen Variablen in Frankreich den weitaus größten Anteil der Varianz der Demokratiezufriedenheit. Wie jedoch die Reihenfolge der anderen drei Länder zeigt, treffen die in den fünfziger Jahren noch plausiblen Annahmen über die Struktur politischer Unterstützung heute nicht mehr zu. Die Systemunterstützung unterliegt nämlich in Großbritannien stärkeren situativen Effekten als in der Bundesrepublik Deutschland und vor allem in den Niederlanden. Unseren Erwartungen hätte die Reihenfolge Frankreich - Bundesrepublik Deutschland - Niederlande - Großbritannien entsprochen. Die Systemorientierungen in den Niederlanden und in der Bundesrepublik Deutschland sind somit diffuser als in Frankreich und in Großbritannien. Bei der Würdigung des britischen Ergebnisses ist zu berücksichtigen, daß Nordirland nicht in die Analyse einbezogen war und daß damit eine wichtige Konfliktlinie in der britischen Innenpolitik unberücksichtigt blieb.

Tabelle 2: Determinanten der Systemunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und Frankreich 1976 bis 1989 (Angaben: Anteile reduzierter Varianz der Demokratiezufriedenheit).

	BRD	UK	NL	F
Parteieffekt	4,57	4,81	3,26	3,88
Periodeneffekt	0,52	1,82	1,75	2,31
Interaktionseffekt	2,86	3,65	1,82	8,62
Total	7,95	10,28	6,83	14,81

Anmerkung: Die F-Werte aller Effekte sind auf dem 99,9 Prozentniveau statistisch signifikant

4.2. Die Relevanz der einzelnen Effekte

Da der Periodeneffekt zahlreiche nur schwer zu bestimmende situationsspezifische Einflüsse repräsentiert und deshalb für sich genommen inhaltlich kaum interpretierbar ist, beschränkt sich die folgende Analyse auf die theoretisch relevanten Größen, nämlich den direkten Parteieffekt und den Interaktionseffekt (zum Periodeneffekt vgl. die Angaben in Tabelle 2).

4.2.1. Parteieffekte

Wie die statistisch signifikanten, substantiell bedeutsamen und inhaltlich sinnvoll interpretierbaren direkten Parteieffekte zeigen, beeinflusst die Parteipräferenz in allen vier Staaten die Systemzufriedenheit, und zwar unabhängig von den Besonderheiten der Erhebungssituation. In den Niederlanden fällt dieser Effekt allerdings etwas schwächer aus als in den anderen drei Ländern. Bei den Befragten mit überdurchschnittlich systemkritischen Einstellungen handelt es sich um eine zahlenmäßig kleine Gruppe von Wählern links- und rechtsextremer Parteien. Hierzu gehören die Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und in den Niederlanden, die Anhänger der bundesdeutschen NPD und des französischen Front National. Systemkritischer als der Bevölkerungsdurchschnitt sind darüber hinaus die Anhänger der Ecologists, der schottischen und wallisischen Nationalpartei (Großbritannien), der bundesdeutschen GRÜNEN und des französischen PSU eingestellt. Vom PCF abgesehen weisen alle diese Parteien zwei Merkmale auf: Bei der Regierungsbildung auf der nationalen Ebene des politischen Systems spielten sie bislang keine Rolle, und sie befinden sich überwiegend am äußersten rechten oder linken Rand des ideologischen Spektrums. Zwar entsprechen auch die meisten

niederländischen Splitterparteien und die französischen Ecologistes diesen Kriterien, doch weichen die Systemorientierungen ihrer Anhänger nicht allzu stark vom nationalen Durchschnittswert ab (auf die Vorlage von Tabellen hierzu wird verzichtet).

Diesen überwiegend am Rand des ideologischen Spektrums angesiedelten Gruppen stehen die Wähler der Parteien gegenüber, deren ideologischer Standort sich in der politischen Mitte befindet und die bislang für die Regierungsbildung maßgeblich waren. In der Bundesrepublik Deutschland unterscheiden sich die Systemorientierungen der Anhänger dieser Parteien praktisch nicht voneinander. In den Niederlanden, Großbritannien und Frankreich schlägt sich die unterschiedliche Dauer der Regierungsbeteiligung der Schlüsselparteien zwar in der Systemzufriedenheit ihrer Anhänger nieder, doch weichen die Einstellungen der Wähler der regierungstragenden Parteien nur graduell vom Populationsmittelwert ab. Die Anhänger der Linksparteien sind generell systemkritischer eingestellt als die konservativen, christlich-demokratischen oder liberalen Wähler. Als ein erstes Zwischenergebnis können wir somit festhalten, daß in allen vier Ländern eine konstitutionelle Spaltungslinie zu bestehen scheint, die die Anhänger links- und rechts-extremer Gruppierungen von den Wählern der Christdemokraten, Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten trennt.

4.2.2. Interaktionseffekte

Im Zentrum des Interesses steht der Interaktionseffekt, der die Bedeutung der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung für die Unterstützung in den parteipolitischen Lagern indiziert. Ähnlich wie die periodenunabhängige Parteipräferenz beeinflusst diese Größe in allen vier Ländern die Systemunterstützung. Allerdings variiert ihre Bedeutung von Land zu Land. In Übereinstimmung mit unseren Annahmen übt der Interaktionsterm in Frankreich mit weitem Abstand den größten Einfluß auf die Demokratiezufriedenheit aus. Die Systemunterstützung der französischen Parteianhänger hängt somit stark von der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung ab. Obgleich dies auch in Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden zutrifft, ist der Einfluß der parteipolitischen Konstellation auf die Demokratiezufriedenheit in diesen Ländern erheblich schwächer als in Frankreich. Darüber hinaus stimmt die Reihenfolge dieser drei Länder nicht mit unseren Erwartungen überein. Die Systemzufriedenheit unterliegt in den Niederlanden am wenigsten dem Einfluß der parteipolitischen Konstellationen, gefolgt von der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien. In den Niederlanden scheint die konkordanzdemokratische Praxis somit die erwünschten integrativen Wirkungen gehabt zu haben, denn das Ausscheiden einer Partei aus der Regierung wirkt sich auf die Systemunterstützung nur graduell aus. Abweichend von Almonds auf die fünfziger Jahre bezogenen Analyse verläuft die politisch-

kulturelle Trennlinie gegenwärtig zwischen Frankreich und den übrigen drei Ländern, und nicht mehr zwischen Großbritannien und den kontinentaleuropäischen Staaten. In Übereinstimmung damit charakterisieren Campbell u.a. Frankreich als ein Land mit zwei politischen Kulturen, einer rechten und einer linken.²⁷

Bei einer Betrachtung der Auswirkungen von Regierungswechseln auf die Systemzufriedenheit in den einzelnen politischen Parteien tritt dieser Befund noch deutlicher hervor (vgl. Tabelle 3). Frankreich erweist sich als das einzige Land, in dem sich eine veränderte parteipolitische Zusammensetzung der Regierung qualitativ auf die Demokratiezufriedenheit in den parteipolitischen Lagern auswirkt: Befindet sich die präferierte Partei an der Regierung, dann ist die Mehrheit ihrer Wähler mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden, übt die präferierte Partei die Oppositionsfunktion aus, dann herrscht Unzufriedenheit vor.

Tabelle 3: Die Auswirkung der Regierungsbeteiligung auf die Demokratiezufriedenheit in der Wählerschaft einzelner Parteien (Angaben: Anteil Zufriedene und Eta-Koeffizienten der Mittelwertunterschiede)

	Position der Partei im politischen System		Eta
	Regierung	Opposition	
	%	%	
CDU/CSU	81	73	.12
SPD	84	70	.15
Konservative	77	53	.29
Labour	61	41	.12
PPR	71	48	.14
PvdA	69	52	.09
D66	69	63	.01
VVD	70	58	.15
PCF	45	22	.18
PS	60	34	.26
UDF	73	45	.24
RPR	69	43	.33

²⁷ Vgl. C.Campbell et al., *Politics and Government in Europe Today*, San Diego u.a. 1990, S.184ff., bes. S.191; Einschränkungen nimmt demgegenüber G.Lehmbruch, (Anm.2), S.305ff, 318ff. vor.

Nur die PCF-Wähler, die unabhängig von der Position der Partei im politischen Machtgefüge mehrheitlich mit der Demokratie unzufrieden sind, bilden eine Ausnahme von dieser Regel. Während der Amtszeit einer linken Regierung ist ihre Unzufriedenheit mit dem Status Quo allerdings schwächer ausgeprägt als unter bürgerlichen Regierungen.

In den drei anderen Ländern fallen die mit der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung einhergehenden Schwankungen der Systemzufriedenheit deutlich schwächer aus. Dies zeigt sich vor allem in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden. In beiden Staaten führt ein Ausscheiden der präferierten Partei aus der Regierung lediglich zu einem graduellen Rückgang der Demokratiezufriedenheit. Die einzige Ausnahme stellen die Wähler der links-alternativen radikalen Protestpartei (PPR) der Niederlande dar, die während der Regierungszeit ihrer Partei mehrheitlich mit der Demokratie zufrieden, nach deren Überwechseln in die Opposition dagegen mehrheitlich kritisch zur Demokratie eingestellt waren.

Wie sich bereits bei der Darstellung der Gesamteffekte gezeigt hatte, kann man Großbritannien als einen intermediären Fall zwischen Frankreich und den beiden anderen Staaten ansehen. Bei den Wählern der Konservativen führte der Regierungswechsel 1979 zu einem im Ausmaß etwa so starken Wandel der Demokratiezufriedenheit wie wir ihn in Frankreich festgestellt hatten. Im Lager der Labour-Party ist die prozentuale Veränderung der Demokratiezufriedenheit zwar etwas geringer, in der Qualität aber umso nachhaltiger: Nach dem Verlust der Regierungsmacht gab es durchschnittlich eine knappe Mehrheit mit der Demokratie unzufriedener Labour-Wähler. Zuvor hatte sich die Mehrheit dagegen positiv über das Funktionieren der Demokratie geäußert.

5. Interpretation, Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Als das wichtigste Ergebnis der empirischen Analyse ist festzuhalten, daß sich die Systemunterstützung - gemessen an den Reaktionen auf einen Regierungswechsel - in den vier untersuchten Ländern und in den parteipolitischen Lagern als unterschiedlich diffus erweist.

Dieser Befund legt zwei mögliche Schlußfolgerungen nahe. Die erste ist methodischer Art und betrifft die Eignung der Frage nach der Demokratiezufriedenheit als Indikator diffuser Systemunterstützung. Einwände dieser Art sind zwar nicht neu, jedoch stehen keine Daten zur Verfügung, die eine international vergleichende Validitätsprüfung der Frage nach der Demokratiezufriedenheit ermöglichen. Eine sachgemäße Entscheidung über die Tragfähigkeit der Kritik an diesem Meßinstrument ist somit allenfalls auf der Basis unserer Untersuchungsergebnisse

möglich.²⁸ Behandelt man den hier durchgeführten Test als Validierung des Unterstützungsindikators "Demokratiezufriedenheit" an einem Außenkriterium, dann eignet sich die Frage in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden besser als Grundlage einer empirischen Analyse der Systemunterstützung als in Frankreich und Großbritannien.

Im Rahmen einer Untersuchung der Theorie und Praxis des demokratischen Verfassungsstaates sind allerdings eher substantielle als methodische Probleme von Interesse. In dieser Hinsicht zeigten sich deutliche Unterschiede in der Bereitschaft oder Fähigkeit, einen demokratisch legitimierten Machtwechsel zu akzeptieren. Sie traten zwischen den vier Ländern und zwischen den politischen Lagern innerhalb der vier Länder auf. Ein wesentliches Merkmal des demokratischen Verfassungsstaates, der Wechsel der Parteien in der Regierungsverantwortung, wird in unseren vier Ländern keineswegs vorbehaltlos akzeptiert. In der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden sind die Regimeorientierungen bei weitem nicht so stark in den Parteienkonflikt involviert wie in Frankreich. In der Terminologie Almonds ist die politische Kultur der beiden ersten Länder als homogen zu bezeichnen, in Frankreich wirkt die traditionelle ideologische Polarisierung und Fragmentierung bis in die Gegenwart fort, Großbritannien nimmt - anders als in den fünfziger Jahren - eine intermediäre Position ein.

Natürlich werfen diese Feststellungen die Frage auf, welche Faktoren die Reaktionen der Parteianhänger auf einen Regierungswechsel bedingen. Zwei mögliche Erklärungsansätze, die hier nur skizziert, aber nicht systematisch getestet werden können, kommen als Interpretationshintergrund in Betracht. Den ersten möchte ich als *Machtverteilungshypothese* bezeichnen. Demnach hängt die Reaktion der Parteianhänger auf einen Regierungswechsel von den Auswirkungen dieses Vorganges auf die Stellung der betroffenen Partei im politischen Machtgefüge ab. Auf diesem Hintergrund werden die zwischen Frankreich und Großbritannien einerseits sowie den Niederlanden und der BRD andererseits festgestellten Unterschiede zumindest zum Teil plausibel. Großbritannien und Frankreich gehören zu den zentralistischen Staaten mit rein mehrheitsdemokratischen Strukturen, in denen die Opposition von der Mitregierung ausgeschlossen ist. Wegen des Fehlens föderativer Strukturen kann die Oppositionspartei einen Machtverlust im nationalen politischen System auf der subnationalen Ebene nicht auffangen. Anders stellt sich die Sachlage in der Bundesrepublik Deutschland dar,

²⁸ Vgl. M.Kaase, Systemakzeptanz in den westlichen Demokratien, in: U.Matz (Hg.), Aktuelle Herausforderungen der repräsentativen Demokratie, Köln u.a. 1985, S.99-125, S.107; P.H.Merkl, Comparing Legitimacy and Values Among Advanced Democratic Countries, in: M.Dogan (Hg.), Comparing Pluralist Democracies. Strains on Legitimacy, Boulder, Col./London 1988, S.19-63, bes. S.21ff.; zur empirischen Validierung der Frage nach der Demokratiezufriedenheit für die BRD: O.W.Gabriel, Regierungswechsel und politische Unterstützung. Implikationen des Parteienwettbewerbs für die Struktur politischer Unterstützung in der Demokratien, in: Politische Vierteljahresschrift 30 (1989), S.75-93.

in der die nationale Oppositionspartei über einen beträchtlichen Einfluß auf die Gestaltung der Bundespolitik verfügt. Über den Bundesrat ist sie unmittelbar an der Gesetzgebung des Bundes beteiligt, und in zahlreichen Ländern und Gemeinden übt sie Regierungsverantwortung aus. Ein ähnlicher Effekt wird in den Niederlanden durch konkordanzdemokratische Arrangements erreicht.²⁹

Eine Alternative oder Ergänzung zur Machtverteilungshypothese stellt die *Ideologiehypothese* dar. Sie führt die unterschiedliche Bereitschaft der Parteianhänger, einen Regierungswechsel zu akzeptieren, auf die zwischen den Parteien bestehende ideologische Distanz zurück. Demnach müßte in Ländern mit einer starken ideologischen Polarisierung des Parteiensystems eine geringe Toleranz für einen Regierungswechsel bestehen, die zudem mit der ideologischen Distanz zwischen den Anhängern der beteiligten Parteien weiter steigt. Für die Gültigkeit dieser Hypothese gibt es einige Anhaltspunkte. Nach dem Ergebnis unserer Analyse sind die parteipolitischen Auswirkungen auf die Demokratiezufriedenheit in Frankreich und Großbritannien, zwei Ländern mit einer relativ starken ideologischen Polarisierung deutlicher spürbar als in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden. Auch die Daten über die Systemunterstützung durch die Wähler einzelner Parteien (GRÜNE, NPD, DKP, FN) stützen diese Annahme mindestens zum Teil. Auf diesem Hintergrund spricht einiges für die Annahme, daß die Unterschiede zwischen unseren vier Ländern aus einem Zusammenspiel von Ideologie und Machtverteilung resultieren. Die stärkere Machtdiffusion in der BRD und in den Niederlanden läßt einen Machtverlust der präferierten Partei für deren Anhänger tolerabel erscheinen. Zudem vergrößert die relativ geringe ideologische Distanz zwischen den Hauptparteien die Bereitschaft, eine Regierung der jeweils anderen Partei zu tolerieren. In den achtziger Jahren scheinen sich die politischen Einstellungen der Franzosen ebenfalls in diese Richtung zu bewegen. Möglicherweise wurde dies durch die Erfahrung eines gemeinsamen Regierens eines sozialistischen Präsidenten und eines bürgerlichen Kabinetts in den Cohabitations-Jahren 1986-1988 begünstigt. Wie die gegenläufige Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien in den letzten dreißig Jahren zeigt, ist die Einstellung der Bevölkerung zum demokratischen Verfassungsstaat keine ein- für allemal feststehende Größe. Eine breite Machtdiffusion und eine Konvergenz der Parteien in der Mitte der Ideologiekontinuums fördern das Entstehen und den Fortbestand einer homogenen politischen Kultur und stabilisieren auf diese Weise den demokratischen Verfassungsstaat. Sie tragen dazu bei, daß die Grund-

²⁹ Vgl. A.Lijphart, (Anm.9), S.207ff.

prinzipien des politischen Zusammenlebens nicht zum Gegenstand parteipolitischer Konflikte werden, sondern zum unstreitigen Sektor der Politik gehören.³⁰

³⁰ Die in diesem Beitrag benutzten Daten entstammen den Eurobarometern 6 bis 31. Sie wurden von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft erhoben und vom Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln (ZA) für die Analyse aufbereitet. Die vorgenannten Institutionen tragen keine Verantwortung für die Verwendung der Daten in diesem Beitrag.